

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	003/0012/2013
	Erstelldatum:	04.04.2013
	Aktenzeichen:	Ref. 3 Dr. M./ha
Einführung von Monats- und Jahresparkausweisen		
Referat für Umwelt, Verbraucherschutz, Ordnung und Recht Verfasser: Herr Dr. Bernhard Mitko		
Beratungsfolge	18.04.2013 29.04.2013	Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss Stadtrat

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Einführung von Monatsparkausweisen für 15 Euro und von Jahresparkausweisen für 120 Euro. Diese sollen zum Parken berechtigen auf Parkplätzen, auf denen eine Gebühr von 2 Euro pro Tag erhoben wird.

Sachstandsbericht:

a) Beschreibung der Maßnahme und Begründung der Notwendigkeit

Mit Beschluss vom 28.01.2013 hat der Stadtrat ein neues Konzept zur Bewirtschaftung des Parkraums beschlossen. Dabei erging der Auftrag an die Verwaltung, zu prüfen, ob Monats- und Jahresparkausweise eingeführt werden können, die zum Parken auf den Parkplätzen berechtigen, die künftig mit einer Gebühr von 2 Euro pro Tag bewirtschaftet werden. Die Höhe der Gebühr sollte unter 40 Euro pro Monat liegen und sich an den Kosten für ein Monatsticket im ÖPNV orientieren.

Der Verkehrsausschuss hat in seiner Sitzung vom 20.03.2013 einstimmig die Empfehlung abgegeben, Monatstickets für 15 Euro und Jahrestickets für 120 Euro auszugeben. Das günstigste Monatsticket für den Bus ist das Umweltticket für 31,50 Euro pro Monat. Beim PKW kommen laufende Unterhalts und Treibstoffkosten dazu, so dass sich ein Preis von 15 Euro für ein Monatsticket rechtfertigen lässt. Die Höhe entspricht dem Preis für 7,5 Werktage pro Monat, wenn der Inhaber sein Fahrzeug zum Normaltarif abstellen würde. Der Preis für das Jahresticket entspricht dem Preis von 8 Monatstickets.

b) Abwicklung und Kosten

Die Abwicklung und Berechtigung sollte der Handhabung bei Anwohnerparkausweisen entsprechen. Der Ausweis gilt demnach für ein Fahrzeug unabhängig vom Fahrzeugführer. Bei Fahrzeugwechsel könnte der Ausweis auf das neue Fahrzeug umgeschrieben werden. Der Ausweis müsste zum Nachweis der Berechtigung sichtbar im Fahrzeug ausgelegt werden.

Der Verkauf könnte wie der Verkauf der Anwohnerparkausweise durch die Verkehrsbehörde erfolgen.

Personelle Auswirkungen:

Der Verkauf wird einen Arbeitszuwachs bei der Verkehrsbehörde verursachen, dessen Ausmaß noch nicht abschätzbar ist.

Finanzielle Auswirkungen:

Für die Umsetzung ist mit Materialkosten für die Erstellung der Ausweise in Höhe von 1,40 Euro pro Ausweis zu rechnen. Die Kosten können im Haushaltsjahr 2012 noch im Budget der Verkehrsbehörde abgedeckt werden. Im Folgejahr sind sie durch eine entsprechende Erhöhung dieses Budgets sicherzustellen.

Diesen Kosten stehen erhebliche Einnahmen gegenüber. Allerdings führen die hier vorgeschlagenen Beträge rechnerisch zu Mindereinnahmen gegenüber den im Haushalt vorgesehenen Einnahmen aus Parkgebühren, wenn man eine gleich hohe Belegung der Parkplätze unterstellt.

Alternativen:

Alternativ könnte auf die Ausgabe von solchen Dauerparkausweisen verzichtet werden. Es könnten andere Preise festgelegt werden.

Anlagen:

Dr. Bernhard Mitko

Verteiler:

Mitglieder Stadtrat
RP, Ref. 5 und 2, Amt 3.1
Zum Akt Beschlussvorlagen
Zum Akt Registratur